Begrüßung IPPNW/BUND

Rede

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe FreundInnen und Freunde, sehr geehrter Herr Dr. Glöckle,

Das Schweizer Alt-Atomkraftwerk Leibstadt soll über die bisherigen 40 Jahre hinaus weiterbetrieben werden - darüber sind wir, hunderte von süddeutschen und Schweizer Ärzt*innen, **tief** besorgt.

Leibstadt liegt unmittelbar an der Grenze zu Baden-Württemberg bei Waldshut-Tiengen – der Kühlturm und die Wetterfahne des AKWs ist weithin sichtbar – wir haben es hier auf dem Transparent festgehalten.

Im Falle eines Atomunfalls werden Bürger*innen auf beiden Seiten der Grenze betroffen sein - Radioaktivität macht eben nicht am Schlagbaum einer Grenze halt.

Hier wie dort wären Städte, Dörfer und große landwirtschaftliche Flächen weiträumig verseucht – mit allen gesundheitlichen Konsequenzen für die betroffene Bevölkerung. Das lassen wir nicht zu!

Aber ... alleine die Institutionen der Schweiz entscheiden in einer internen Sicherheitsüberprüfung über das JA oder NEIN des Weiterbetriebs – die betroffenen Bürger*innen diesseits und jenseits der Grenze sind im eigentlichen Sinne des Wortes „ausgeschlossen“. Der zuständige Schweizer Energierat Albert Rösti hat bisher nicht einmal auf die Schweizer Einwanderinnen geantwortet, geschweige denn auf den Brief, den wir als deutsche Sektion der IPPNW an ihn verfasst haben.

Um es auf den Punkt zu bringen: Das Schweizer Nuklearsicherheits-Inspektorat (ENSI) und das dortige Bundesamt für Energie fällen die Entscheidung quasi „unter sich“.

Beide Behörden haben längst unser Vertrauen verloren, wissenschaftsbasiert und unabhängig handeln zu können. Denn sie haben, nicht nur in der Vergangenheit, sondern bis in die Gegenwart, jeweils Positionen zum Strahlenschutz und zur medizinischen Risikobeurteilung vertreten, die nicht dem Stand der internationalen Wissenschaft entsprechen. Wer dieses Wissen unter den Tisch fallen läßt, muss sich fragen lassen, wessen Interessen er damit dient – den Interessen der Bevölkerung garantiert nicht.

Zudem übergeht die Schweizer Regierung mit ihrem Vorgehen geltende internationale Verträge wie die ESPOO-Konvention – diese fordert eindeutig eine länderübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung mit Beteiligung der jeweiligen Öffentlichkeit und die Schweiz ist daran rechtlich gebunden !

Wir können nicht akzeptieren, dass sich die politisch Verantwortlichen in der Schweiz damit herausreden, dass ihr Atomgesetz formal keine Laufzeitbegrenzung kennt. Denn von Anfang an war die Betriebszeit von Leibstadt auf nur 40 Jahre ausgelegt.

Unsere Schweizer Kolleg*innen demonstrieren heute, zeitgleich mit uns, vor der Versammlung des Schweizer Bundesrates in Bern. Gemeinsam fordern wir, dass wir unsere medizinisch-fachlichen Bedenken gegen jeglichen Weiterbetrieb dieses Alt-Reaktors überhaupt in das Verfahren einbringen können.

Das Stuttgarter Umweltministerium ist heute deshalb unser Ansprechpartner, da es in dieser grenznahen Angelegenheit die Bundesregierung und uns als Bürger*innen zu vertreten hat. Frau Ministerin Walker muss entsprechenden politischen und rechtlichen Druck auf die Schweiz ausüben - sich in dieser Angelegenheit zu verstecken, geht nicht !

Unser Ziel ist die endgültige Stilllegung von Leibstadt – und wir haben dafür gute und wichtige ärztliche Gründe !

Über 500 ärztliche Kolleg*innen und 250 Unterstützer*innen teilen unsere Forderungen – wir rollen jetzt die 7 m lange Unterschriftenliste aus !

Unseren Offenen Brief stellen wir auch der Bundesumweltministerin Frau Lemke und Herrn Niehaus, dem Leiter der Abteilung für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz, zu.

Das AKW Leibstadt ist für die deutsche Bevölkerung mit Abstand das gefährlichste grenznahe Schweizer AKW, so eine Risiko-Studie.

Je nach Windrichtung sind innerhalb von 48 h nach einem Super-GAU dort große Teile Deutschland durch eine radioaktive Wolke kontaminiert – Baden-Württemberg bereits nach Minuten und wenigen Stunden.

Und diese Gefährdung hat einen leider realistischen Hintergrund: Bei dem Leibstadter Alt-AKW sind Sicherheitsdefizite und Mängel dokumentiert, die nur schwer nachrüstbar oder nicht behoben werden können.

Gebaut in der Mitte der 70-iger Jahre, nach dem Sicherheitsstandart der damaligen Zeit, wurde Leibstadt 1984 in Betrieb genommen – also ein Alt-Reaktor, aus einer Zeit, in der wir noch Wählscheibentelefone hatten.

40-ig Jahre andauernder radioaktiver Strahlenbeschuss hinterläßt bei den im AKW verbauten Metallen, bei jeder Rohrleitung und auch im Beton Altersspuren, führt also zu Versprödungen und Materialschwächung.

Damit steigt an jedem Tag eines Weiterbetriebs die Gefahr eines schweren Atomunfalls. Alt-Anlagen wie Leibstadt sind technisch nicht vorbereitet auf die sich bereits jetzt ankündigenden schweren, teils verwüstenden Klimaereignisse, von denen zuletzt auch die Schweiz nicht verschont geblieben ist. Und diese Altanlagen sind nicht auf die zunehmende Terrorgefahr ausgelegt.

Wir sind nicht bereit, dieses hohe Risiko für uns und unsere Patient*innen mitzutragen.

Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 zeigen die katastrophalen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen schwerer AKW-Unfälle – sie hinterlassen über Generationen eine kontaminierte, verbrannte Erde.

Die Schweizer Regierung hat es übrigens bisher auch versäumt, ihre Katastrophenschutzpläne mit denen in Deutschland, mit Baden Württemberg zu koordinieren – eine unglaubliche Verantwortungslosigkeit !

Aber auch die wissenschaftlich anerkannten Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung auf Mensch und Umwelt gibt unseren Bedenken recht - bereits im Normalbetrieb eines AKWs entsteht für die umgebende Bevölkerung eine ernstzunehmende Gesundheitsgefahr, insbesondere für Säuglinge und Kinder !

Unsere Kinder sind besonders strahlensensibel, weil sie aufgrund ihrer Wachstumsprozesse eine hohe Zellteilungsrate sowie noch nicht vollständig entwickelte zelluläre Reparaturmechanismen besitzen. Auch absorbiert ihr kleiner Körper relativ mehr Strahlung. Deshalb muss jede einzelne Röntgenuntersuchung im medizinischen Alltag bei ihnen auch streng abgewogen werden.

Es gibt keine Schwellendosis für Radioaktivität, unterhalb derer es keine potentiellen Gesundheitsschäden gibt – das ist der wissenschaftliche Standard heute !

Wir fordern deshalb die Schweizer Behörden auf, eine gemäß den entsprechenden europäischen Konventionen gestaltete, umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. In diese müssen die Bedenken der Bürger*innen beidseits der Grenze in einem öffentlichen Beteiligungsverfahren einbezogen werden.

Das Alt-AKW in Leibstadt muss stillgelegt werden !

Und wir fordern die Baden-Württembergische Umweltministerin Frau Walker auf, sich hierfür mit uns massiv und eindeutig einzusetzen.

Dr. Jörg Schmid
IPPNW Stuttgart